

16 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Ausgedruckt am 8. 11. 1994

Regierungsvorlage

Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen von Ausgabenansätzen der Anlage I des Bundesfinanzgesetzes 1994 bewilligt werden (Budgetüberschreitungsgesetz 1994 — BÜG 1994)

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Für verschiedene unabweisliche Maßnahmen werden Überschreitungen folgender Ausgabenansätze der Anlage I des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1994, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 665/1994 und 000/1994, genehmigt:

VA-Ansatz	betreffend	Millionen Schilling
1/10006	Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Förderungen	3,000
1/10008	Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Aufwendungen	44,779
1/10038	Bundesgesetzblatt	10,294
1/11003	Bundesministerium für Inneres; Anlagen	53,000
1/11308	Bundespolizei; Aufwendungen	36,000
1/11408	Bundesgendarmerie; Aufwendungen	47,000
1/12006	Bundesministerium für Unterricht und Kunst; Förderungen	22,000
1/13018	Musik und darstellende Kunst; Aufwendungen	2,520
1/13026	Literatur; Förderungen	5,000
1/13046	Filmwesen; Förderungen	20,000
1/14108	Hochschulische Einrichtungen; Aufwendungen	39,799
1/14138	Expertengutachten und Auftragsforschung; Aufwendungen	10,900
1/14208	Universitäten; Aufwendungen	
1/15269	Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen; Aufwendungen (B)	205,000
		1,700
1/15708	Landesinvalidenämter; Aufwendungen	14,000
1/18608	Umweltpolitische Maßnahmen; Aufwendungen	20,000
1/20108	Vertretungsbehörden; Aufwendungen	85,000
1/20406	Kulturelle Veranstaltungen; Ministerium und Vertretungen; Förderungen ..	1,160
1/40008	Bundesministerium für Landesverteidigung; Aufwendungen	10,000
1/40103	Heer und Heeresverwaltung; Liegenschaftsankäufe	27,805
1/40108	Heer und Heeresverwaltung; Aufwendungen	26,800
1/50408	Finanzlandesdirektionen; Aufwendungen	65,000
1/50703	Bundesrechenamt; Anlagen	98,166
1/50708	Bundesrechenamt; Aufwendungen	15,000
1/54255	Bundesvermögen; Bundesdarlehen; Sonstige Unternehmungen	12,245
1/60008	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft; Zentralleitung; Aufwendungen	28,000
1/60068	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	3,500
1/60098	Vollziehung des Forstgesetzes 1975; Aufwendungen	1,797
1/60246	BM (Grüner Plan — Bergbauerngebiete u. sonst. benachl. Regionen); Verbesserung der Produktionsgrundlagen	2,000
1/60513	Pflanzenbauliche Bundesanstalten; Anlagen	5,000
1/60578	Bundesanstalten für Tierzucht; Aufwendungen	4,000

16 der Beilagen

VA-Ansatz	betreffend	Millionen Schilling
1/60588	Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten; Aufwendungen	2,171
1/60723	Forstliche Ausbildungsstätten; Anlagen	2,325
1/60728	Forstliche Ausbildungsstätten; Aufwendungen	0,800
1/60803	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst; Anlagen	9,029
1/60808	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst; Aufwendungen	2,058
1/60938	Bundesgärten; Aufwendungen	28,870
1/60968	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste; Aufwendungen	1,650
1/63008	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten; Zentralleitung; Aufwendungen	10,000
1/63108	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen); Verein „Österreich Werbung“	8,241
1/63156	Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen; Förderungen	33,000
1/64198	Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik); Sonstige Förderungsmaßnahmen; Aufwendungen	2,000
1/64608	Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Betriebskosten und Hauserfordernisse; Aufwendungen	20,000
1/64698	Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Überweisungen an die Länder gem. § 1 Abs. 2 Z 2 FAG	13,000
1/64708	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Überweisungen an die Länder gem. § 1 Abs. 2 Z 2 FAG	460,000
1/64758	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Aufwendungen	12,500
1/65003	Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr; Zentralleitung; Anlagen	3,000
1/65225	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen); Unternehmungen mit Bundesbeteiligung	26,000
1/65266	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen); Förderungen an Privatbahnen	74,311
1/78358	Post- und Telegraphenverwaltung; Sachausgaben; Aufwendungen	160,000
Insgesamt . . .		1 789,420

§ 2. Die Bedeckung der im § 1 genehmigten Überschreitungen ist wie folgt sicherzustellen:

VA-Ansatz	betreffend	Millionen Schilling
a) Ausgabeneinsparungen		
1/10005	Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Bezugsvorschüsse	0,500
1/10018	Verwaltungskademie; Aufwendungen	5,000
1/11005	Bundesministerium für Inneres; Bezugsvorschüsse	2,400
1/11507	Flüchtlingsbetreuung und Integration; Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	35,000
1/15045	Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bezugsvorschüsse	0,500
1/15347	Pflegeversorgung (Kostenersatz); Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz	15,700
1/15920	Arbeitsinspektion; Personalausgaben	0,600
1/17015	Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz; Bezugsvorschüsse	1,500
1/18005	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie; Bezugsvorschüsse	0,500
1/20005	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten; Zentralleitung; Bezugsvorschüsse	0,095
1/20048	Internationale Konferenzen in Österreich	1,160
1/20205	Diplomatische Akademie; Bezugsvorschüsse	0,150
1/30005	Bundesministerium für Justiz; Bezugsvorschüsse	2,000
1/30100	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur; Personalausgaben	1,000
1/50295	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen); Bezugsvorschüsse	2,300
1/54847	Bundesvermögen; Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen; Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	26,000

16 der Beilagen

3

VA-Ansatz	betreffend	Millionen Schilling
1/55305	Pensionen (Hoheitsverwaltung); Pensionsvorschüsse	0,700
7/59839	Finanzschuld; Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung; Tilgung	901,806
1/60256	BM (Grüner Plan — Bergbauerngebiete u. sonst. benacht. Regionen); Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen	23,111
1/60826	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen	1,064
1/60908	Grenzbeschäudienst; Aufwendungen	4,797
1/64298	Bundesstraßenverwaltung; Straßengesellschaften; Aufwendungen	40,000
1/64613	Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung	16,500
1/64663	Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Sonstige Liegenschaftsankäufe	6,500
1/64713	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Unterrichtsverwaltung; Anlagen	10,000
1/64753	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Anlagen	29,850
	Summe a) (Ausgabeneinsparungen) . . .	<u>1 128,733</u>

b) M e h r e i n n a h m e n

2/11174	Zivildienst; Erfolgswirksame Einnahmen	43,000
2/11304	Bundespolizei; Erfolgswirksame Einnahmen	36,000
2/11407	Bundesgarde; Bestandswirksame Einnahmen	4,000
2/11504	Flüchtlingsbetreuung und Integration; Erfolgswirksame Einnahmen	10,000
2/51044	Kassenverwaltung; Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr	178,166
2/60964	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste; Erfolgswirksame Einnahmen	1,650
2/63004	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten; Zentralleitung; Erfolgswirksame Einnahmen	2,000
2/65004	Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr; Zentralleitung; Erfolgswirksame Einnahmen	71,941
2/78434	Post- und Telegraphenverwaltung; Gebühren/Fernsprecher	200,000
	Summe b) (Mehreinnahmen) . . .	<u>546,757</u>

c) R ü c k l a g e n e n t n a h m e

2/51267	Kassenverwaltung; Rücklagen; Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)	2,010
---------	--	-------

d) R ü c k l a g e n a u f l ö s u n g

2/51297	Kassenverwaltung; Rücklagen; Auflösung von Rücklagen	111,920
	Insgesamt . . .	

1 789,420

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist, unbeschadet der Befugnis der obersten Organe zur Besteitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilveranschlages, der Bundesminister für Finanzen betraut.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

Seit Beginn des Finanzjahres 1994 sind beim Vollzug des Bundesfinanzgesetzes 1994 Maßnahmen wirksam geworden oder zu setzen, die bei der Erstellung des Bundesvoranschlages 1994 dem Grunde nach bzw. in ihrer Auswirkung betragsmäßig nicht genau abschätzbar waren.

Zu den wesentlichsten Maßnahmen zählen die Zahlungen an die Länder für den getätigten Aufwand für die Abwicklung von ASFINAG-finanzierten Bauvorhaben auf Grund des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes (360 Millionen Schilling) und die Zahlungen an die Stadt Wien für den klinischen Mehraufwand im AKH (205 Millionen Schilling).

Weitere Überschreitungen entstehen vor allem durch Zahlungen für Investitionen im EDV-Bereich (98 Millionen Schilling) sowie durch höhere Betriebsmittel bei der Post (160 Millionen Schilling).

Die Durchführung dieser Maßnahmen bedingt Überschreitungen von Ausgabenansätzen des Bundesvoranschlages, wobei ein Teil durch Ausgabenumschichtungen und Mehreinnahmen, der restliche Teil durch Auflösung von Rücklagen Bedeckung finden kann.

Die Überschreitungen sind bedingt durch vertragliche Verpflichtungen, ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes und durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Fortführung der Verwaltungstätigkeit.

Die von den Ressorts auf Grund dieses Sachverhaltes vorgelegten Überschreitungsanträge wurden, soweit sie der Genehmigung des Nationalrates bedürfen, in der Regierungsvorlage betreffend das Budgetüberschreitungsgesetz 1994 zusammengefaßt.

	Millionen Schilling
Der Gesamtüberschreitungsbetrag in Höhe von rund	1 790
kann durch Ausgabenrückstellungen in Höhe von rund	1 129
durch Mehreinnahmen in Höhe von rund	547

Millionen Schilling	
und in Rücklagenentnahme bzw. -auflösungen von rund	114
bedeckt werden.	

Der Gesamtüberschreitungsbetrag von rund 1 790 Millionen Schilling gliedert sich wie folgt auf:

Bauliche Maßnahmen:

Hochbau; Überweisungen an Länder gemäß FAG	460
Hochbau; Sonstiger Aufwand	13
Liegenschaftsverwaltung	33

Wissenschaftsbereich:

Klinischer Mehraufwand	205
Universitätszentren Brünner Straße und Althanstraße	38

Verschiedene Förderungsmaßnahmen:

Millennium 1996 und Feier „50 Jahre Zweite Republik“	22
Literatur, Filmwesen	25
BUWOG	12
TOP-Aktion, Agrarmarketing	33
Verlustabdeckung Graz-Köflacher-Eisenbahn- und Bergbau	74

Sonstige Verwaltungs- und Betriebserfordernisse:

EDV-Anlagen für Finanzverwaltung	98
EU-Informationsinitiative	40
Innteres	136
Vertretungsbehörden	85
Finanzlandesdirektionen	65
Betriebsmittel für die Post	160
Übrige Ausgaben	291
	<hr/> 1 790

Nähtere Einzelheiten über diese Überschreitungen bzw. zu den zur Bedeckung der im § 1 ausgewiesenen Jahresansatzüberschreitungen zur Verfügung stehenden Ausgabenrückstellungen bzw. Mehreinnahmen enthalten die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Voranschlagsansätzen.

16 der Beilagen

5

Durch dieses Überschreitungsgesetz erhöht sich der Abgang des allgemeinen Haushaltes um 902 Millionen Schilling, dem gleichhohe Ausgabenrückstellungen durch geringere Tilgungszahlungen im Ausgleichshaushalt gegenüberstehen.

Die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes fallen unter den Begriff „Bewilligung des Bundesvoranschlages“ gemäß Art. 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes. Somit hat die Mitwirkung des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren zu unterbleiben.

II. Besonderer Teil

Zu § 1:

VA-Ansatz 1/10006 „Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Förderungen“

Für die Förderung von Frauenprojekten besteht ein zusätzlicher Bedarf von 3 Millionen Schilling, wobei auf den Schwerpunkt „Gewalt gegen Frauen“ und den Bereich konkreter problemlösender Vorhaben besonderes Gewicht gelegt wird.

Diesem Mehrbedarf stehen Minderausgaben in gleicher Höhe beim VA-Ansatz 1/10008 gegenüber, da ein Teil der für heuer geplanten Ausgaben im Bereich der organisatorischen Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz erst im Jahre 1995 anfallen wird.

VA-Ansatz 1/10008 „Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Aufwendungen“

1. Mit dem erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union war es Aufgabe der Bundesregierung, die österreichische Bevölkerung bis zur Volksabstimmung am 12. Juni 1994 umfassend über die Verhandlungsergebnisse und deren mögliche Auswirkungen zu informieren. Um die Voraussetzungen für eine informierte Entscheidung der Bevölkerung zu ermöglichen, mußte in der letzten Phase die Informationsarbeit massiv intensiviert werden.

Die im BVA 1994 beim VA-Ansatz 1/10008 für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 90 Millionen Schilling mußten daher um 40 Millionen Schilling auf 130 Millionen Schilling aufgestockt werden.

2. Anlässlich der in den Jahren 1995 und 1996 stattfindenden Jubiläen sollen Projekte mit einem Budgetrahmen von rund 700 Millionen Schilling durchgeführt werden. Für die Vorbereitungsarbeiten der Organisation, Koordination und Durchführung wird mit der Arge Millennium — Büro 95/96 ein Werkvertrag abgeschlossen, dessen Kosten sich für das Jahr 1994 auf 7,779 Millionen Schilling belaufen.

3. Ein Teilbetrag von 3 Millionen Schilling kann durch Minderausgaben beim VA-Ansatz 1/10008 bedeckt werden, sodaß die Gesamtüberschreitung 44,779 Millionen Schilling beträgt.

VA-Ansatz 1/10038 „Bundesgesetzblatt“

Die durch den Druck von umfangreichen Staatsverträgen und bilateralen Abkommen erhöhten Herstellungs- und Vertriebskosten beim Bundesgesetzblatt in Höhe von 10,294 Millionen Schilling wurden erst im Jahre 1994 ausgewirksam.

VA-Ansatz 1/11003 „Bundesministerium für Inneres; Anlagen“

Beim Bundesministerium für Inneres ist derzeit ein mehrjähriges EDV-Konzept in der Installierungsphase. Im Zusammenhang mit der Aufgabenstellung der Sicherheitsexekutive, insbesondere bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, ist jedoch eine beschleunigte Umsetzung dieses Konzepts erforderlich geworden. Hierdurch entsteht noch im Jahr 1994 ein zusätzlicher Aufwand von 53 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/11308 „Bundespolizei; Aufwendungen“

Für die verstärkte Bekämpfung der organisierten Kriminalität sind für die Installation diverser technischer Einrichtungen zusätzlich 10 Millionen Schilling erforderlich. Durch die Novelle zum Fernmeldegebührengebot fallen zusätzliche Ausgaben von 8 Millionen Schilling an. Die Novellierung der RGV ab 1. April 1994 erfordert Mehrkosten von 4 Millionen Schilling, die Zivildienstgesetznovelle bedingt einen zusätzlichen Aufwand von 6 Millionen Schilling und die im Jahr 1994 an die BIG abzuführende Miete bedingt Mehrkosten von 8 Millionen Schilling.

Insgesamt entstehen bei diesem VA-Ansatz nicht vorhersehbare Mehrausgaben von 36 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/11408 „Bundesgendarmerie; Aufwendungen“

Die ab 1. April 1994 erfolgte Novellierung der Reisegebührenvorschrift (RGV) bedingt bei der Bundesgendarmerie Mehraufwendungen von 30 Millionen Schilling. Weiters entstehen im Zusammenhang mit der verstärkten Grenzüberwachung sowie für Treibstoffkosten und Reisegebühren Mehrkosten von 12 Millionen Schilling. Auf Grund von diversen Vorfällen ist eine Verbesserung des sicherheitstechnischen Standards der Gendarmeriedienststellen erforderlich. Die zusätzlichen Kosten hiefür betragen im Jahr 1994 5 Millionen Schilling.

Insgesamt entstehen Mehraufwendungen von 47 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/12006 „Bundesministerium für Unterricht und Kunst; Förderungen“

Im Rahmen der „Anniversarien 1995/1996“, dem Sonderschwerpunkt der Bundesregierung 50 Jahre Zweite Republik (1995) und Millennium (1996), sind zur Vorbereitung der Projekte „Modellschulbau“, „Gedenkstätten in Österreich“, „Jurierung von leitlinienkonformen Projekten aus der Projektdatenbank“ und „Die verdrängte Kultur“ im Jahre 1994 noch zusätzliche Mittel in Höhe von 22 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/13018 „Musik und darstellende Kunst; Aufwendungen“

Gemäß § 4 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Salzburger Festspielfonds ist der Bund zur Deckung von 40% allfälliger Betriebsabgänge des Fonds verpflichtet.

Zur Abdeckung dieses Abganges der Salzburger Festspiele ist für das Jahr 1994 noch ein Betrag von 2,520 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/13026 „Literatur; Förderungen“

Im Rahmen der „Anniversarien 1995/1996“, dem Sonderschwerpunkt der Bundesregierung 50 Jahre Zweite Republik (1995) und Millennium (1996), wird die Ausstellung „Die verdrängte Kultur“ veranstaltet. Zur Vorbereitung dieses Projektes sind im Jahre 1994 noch zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/13046 „Filmwesen; Förderungen“

Im Rahmen der „Anniversarien 1995/1996“, dem Sonderschwerpunkt der Bundesregierung 50 Jahre Zweite Republik (1995) und Millennium (1996), wird österreichweit eine Veranstaltung „100 Jahre Film“ durchgeführt. Zur Vorbereitung dieses Projektes sind im Jahre 1994 noch zusätzliche Mittel in Höhe von 20 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/14108 „Hochschulische Einrichtungen; Aufwendungen“

1. Um mittellosen bosnischen Studenten die Finanzierung des Studiums durch die Gewährung von Stipendien in Österreich zu ermöglichen, ist für das Jahr 1994 noch ein Betrag von 2,010 Millionen Schilling erforderlich.

2. Zur Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zur Zahlung von Annuitäten für die Universitätszentren in der Brünner Straße und Althanstraße sind im Jahre 1994 noch 37,789 Millionen Schilling erforderlich.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 39,799 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/14138 „Expertengutachten und Auftragsforschung; Aufwendungen“

Im Rahmen der „Anniversarien 1995/1996“, dem Sonderschwerpunkt der Bundesregierung 50 Jahre Zweite Republik (1995) und Millennium (1996), wird das Forschungsprogramm „Grenzenloses Österreich“ veranstaltet. Zur Vorbereitung dieses Programmes sind im Jahre 1994 noch zusätzliche Mittel von 10,900 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/14208 „Universitäten; Aufwendungen“

Die vorliegenden Abrechnungen des AKH Wien, LKH Innsbruck und Graz für den klinischen Aufwand erfordern im Jahre 1994 noch einen zusätzlichen Betrag von 205 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/15269 „Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen; Aufwendungen (B)“

Der Mehraufwand bei diesem Ansatz beträgt 1,700 Millionen Schilling und ist auf die Zunahme der Fälle mit höheren Ersatzleistungen (Verdienst- und Unterhaltsentgang) zurückzuführen.

VA-Ansatz 1/15708 „Landesinvalidenämter; Aufwendungen“

Der Mehraufwand bei diesem Ansatz beträgt 14 Millionen Schilling und ist auf die Erhöhung der Portogebühren ab 1. Jänner 1994 und auf die Zunahme der Bar- und Direktanweisungen zurückzuführen.

VA-Ansatz 1/18608 „Umweltpolitische Maßnahmen; Aufwendungen“

1. Bei diesem VA-Ansatz sind noch im Jahr 1994 überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 9 Millionen Schilling im Zusammenhang mit der Erstellung des Umweltdatenkataloges erforderlich.

2. Gemäß Ministerratsbeschuß vom 13. September 1994, Pkt. 15 des Beschl. Prot. 158, wird der Zeitraum der Planungsarbeiten für die Errichtung des Nationalparks Donau-Auen um zwei Jahre verlängert. Die auf den Bund entfallenden Kosten betragen 6 Millionen Schilling und sind noch im Jahr 1994 zu bezahlen.

3. Für verschiedene Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Umweltverträglichkeitsprüfungsge setz, BGBl. Nr. 697/1993, und dem Bundesgesetz über den Umweltsenat, BGBl. Nr. 698/1993, fallen zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 5 Millionen Schilling an.

16 der Beilagen

7

4. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 bis 3 beträgt 20 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/20108 „Vertretungsbehörden; Aufwendungen“

1. Für nicht projektierte Instandhaltungsarbeiten an den Österreichischen Botschaften in Kiew, Tirana und Preßburg sind 52,800 Millionen Schilling erforderlich.

2. Hohe Kursverluste im Betrag von 11,500 Millionen Schilling sind in erster Linie auf die stetige Abwertung des US-Dollar zurückzuführen.

3. Bei Übersiedlungsreisen und Auslandszulagen (Ausland) sind infolge unaufschiebbarer Realisierung eines verstärkten Versetzungsplanes insbesondere im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Österreichs erhöhte Wohnungskosten und Kostensteigerungen aller Art bei den Transportleistungen im Ausland im Betrag von 20,700 Millionen Schilling zu verzeichnen.

4. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 bis 3 beträgt 85 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/20406 „Kulturelle Veranstaltungen; Ministerium und Vertretungen; Förderungen“

In der Zeit vom 29. November bis 2. Dezember 1994 findet in Wien eine internationale Konferenz unter dem Titel „Europa der Religionen“ statt. In diesem Zusammenhang fallen Mehrausgaben im Betrag von 1,160 Millionen Schilling an.

VA-Ansatz 1/40008 „Bundesministerium für Landesverteidigung; Aufwendungen“

Bei diesem VA-Ansatz kann mit den veranschlagten Mitteln nicht das Auslangen gefunden werden. Insbesondere durch die Installierung zusätzlicher Militärattaches fallen Mehraufwendungen bei Auslandszulagen in Höhe von 10 Millionen Schilling an.

VA-Ansatz 1/40103 „Heer und Heeresverwaltung; Liegenschaftsankäufe“

Im Jahr 1994 wurde dem Österreichischen Bundesheer überraschend ein Grundstück im Bereich des Areals „Von der Gröben Kaserne“ zum Kauf angeboten, das als Ausbildungsgelände dringend gebraucht wird. Die hiefür erforderlichen zusätzlichen Mittel betragen 27,805 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/40108 „Heer und Heeresverwaltung; Aufwendungen“

Mit der Bundesimmobiliengesellschaft wurde im Jahr 1994 ein Mietvertrag für Teile der Rossauer Kaserne abgeschlossen. Der hiedurch entstehende Mietaufwand beträgt 26,800 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/50408 „Finanzlandesdirektionen; Aufwendungen“

Die Aufwendungen im Bereich der Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen wurden äußerst knapp (Steigerung von rund 2,4% oder 22 Millionen Schilling gegenüber dem Erfolg 1993) veranschlagt.

— Durch zwischenzeitliche Tarif- und Gebühren erhöhungen, zB Post- und Bahntarife, Postsparkassengebühren (33 Millionen Schilling);

— durch weitere Anmietungen zB bedingt durch die Generalsanierung des Amtsgebäudes der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, sowie zusätzlicher Bedarf im Bereich der Finanzlandesdirektionen für Steiermark und Vorarlberg und im Zusammenhang damit ein erhöhter Bedarf an Einrichtungsgegenständen (12 Millionen Schilling);

— durch die Erhöhung der Reisezulagen bzw. durch vermehrte Dienstreisen im Zusammenhang mit der Schulung der Zoll- und Zollwachbediensteten aus Anlaß des bevorstehenden EU-Beitritts (7 Millionen Schilling);

— durch höhere Aufwandsentschädigungen auf Grund der steigenden Anzahl von berechtigten Personen (6 Millionen Schilling);

— durch die Neuauflage diverser Gesetzesausgaben, Dienstanweisungen und sonstiger Dienstbehelfe für den Zollbereich sowie durch die Neuauflage der Bundesabgabenordnung und des Umsatzsteuergesetzes bedingt durch den bevorstehenden EU-Beitritt (8 Millionen Schilling);

— durch die aus dem KSZE-Einsatz bedingten Mehrausgaben; zB Satelliten-Telefonkosten, Ausrüstungsgegenstände und Verbrauchsgüter (2 Millionen Schilling)

sind unter Berücksichtigung von Ausgabenersparungen 65 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/50703 „Bundesrechenamt; Anlagen“

1. Bei den Applikationen Firmenbuch, Grundstücksdatenbank, Beihilfenverfahren, Personalinformationssystem, Arbeitslosenversicherung, gerichtliches Mahnverfahren und öffentliche Abgaben ist eine Erweiterung der Ressourcen ein unbedingtes Erfordernis. Hiefür sind Mittel in Höhe von 22,500 Millionen Schilling erforderlich.

2. Für zwei seit 1980 bzw. 1981 im Einsatz befindliche, durch hohe Abnutzung störungsanfällige Laserdrucksysteme sind Ersatzbeschaffungen vorzunehmen. Hiefür werden Budgetmittel in Höhe von 10 Millionen Schilling benötigt.

3. Die Steigerung des Druckoutputs führt auch zu Engpässen bei der Versendung von Steuerbescheiden und bei Schriftstücken im gerichtlichen Mahnverfahren (derzeit arbeiten die Anlagen mit 100% Auslastung).

Um die Tagfertigkeit und Ausfallsicherheit ab Anfang 1995 sicherzustellen, muß eine Dreikanal-Kuvertieranlage angeschafft werden; dafür sind 5,520 Millionen Schilling bereitzustellen.

4. Mit dem Beitritt Österreichs zur EU tritt der gesamte für den Zollbereich geltende Rechtsbestand praktisch außer Kraft. Es müssen daher alle Gesetzesausgaben, Dienstbeehelfe und sonstigen Dokumentationen neu aufgelegt und zur Verfügung gestellt werden. In jedem Hauptzollamt sind demzufolge RS/6000-Rechner samt Abfragesoftware zu installieren, ebenso ist für Ausfallszwecke vorzusorgen. Die Bereitstellung von neun Rechnern samt Software erfordert Mittel in Höhe von 14,850 Millionen Schilling.

5. Da in den österreichischen Unternehmen bereits überwiegend EDV-gestützte Betriebsabrechnungen eingesetzt werden, muß auch die Betriebsprüfung über analoge Hilfsmittel verfügen um eine rasche und effiziente Prüfungstätigkeit vornehmen zu können.

Durch die Ausrüstung der Betriebsprüfer mit Notebooks können wesentliche Tätigkeiten bereits vor Ort erfolgen und zur Verfügung gestellte Datenträger verarbeitet werden.

In einer ersten Ausrüstungsphase sind daher noch 1994 österreichweit die Betriebsprüfer im Finanz- und Zollbereich mit Notebooks auszurüsten. Für die benötigte Hard- und Software sind insgesamt Mittel in Höhe von 43,296 Millionen Schilling erforderlich.

6. Neben den Notebooks für den Einsatzbereich in den Betrieben müssen auch die Arbeitsplätze der Betriebsprüfer in den Finanzämtern eine Kapazitätsaufstockung erfahren. Dafür sind Mittel in Höhe von 2 Millionen Schilling aufzubringen.

7. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 bis 6 beträgt 98,166 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/50708 „Bundesrechenamt; Aufwendungen“

Mit Post- und Telegraphenverordnungsblatt Nr. 8 vom 15. Februar 1994 werden mit 1. Jänner 1994 die Leitungsmieten erhöht und mit 1. Mai 1994 die bisher den Bundesdienststellen eingeräumte Gebührenermäßigung aufgehoben. Dies erfordert zusätzliche Mittel in der Höhe von 15 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/54255 „Bundesvermögen; Bundesdarlehen; Sonstige Unternehmungen“

Zur Finanzierung ressortgebundener BUWOG-Wohnungen haben das Bundeskanzleramt (0,500 Millionen Schilling), das Bundesministerium für Inneres (2,400 Millionen Schilling), das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (1,100 Millionen Schilling), das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz (1,500 Millionen Schilling), das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (0,500 Millionen Schilling), das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (0,245 Millionen Schilling), das Bundesministerium für Justiz (3,000 Millionen Schilling) und das Bundesministerium für Finanzen (3,000 Millionen Schilling) als Bedeckung der überplanmäßigen Ausgaben von insgesamt 12,245 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/54255 zur Verfügung gestellt.

VA-Ansatz 1/60008 „Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft; Zentralleitung; Aufwendungen“

Die Mehrausgaben von 28 Millionen Schilling werden für zusätzliche Aufwendungen bei Banderolen und Weinflaschenkapseln mit Banderolenausstattung nach dem Weingesetz, für wasserwirtschaftliche Fachgutachten, Abbuchungsspesen für Einzelanweisungen, Erweiterung der Büroautomation sowie Abdeckung erhöhter Aufwendungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt (Übersetzungen, Gutachten, Reisekosten) benötigt.

VA-Ansatz 1/60068 „Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben“

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden EU-Beitritt Österreichs sind verstärkt Informationen an die bäuerliche Bevölkerung über die Auswirkungen dieses Beitrittes auf die Landwirtschaft erforderlich. Zur Information der landwirtschaftlichen Berater werden Beratertagungen zum Thema EU-Beitritt abgehalten.

Weiters wird eine Broschüre „Österreichs Wald“ in deutscher, englischer und französischer Sprache zur Verteilung an speziell interessierte in- und ausländische Gäste sowie im Rahmen der Millenniumausstellung im Naturhistorischen Museum „100 Jahre Entwicklung der Kulturlandschaft“ herausgegeben.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen werden 3,500 Millionen Schilling benötigt.

VA-Ansatz 1/60098 „Vollziehung des Forstgesetzes 1975; Aufwendungen“

Durch den Ersatzankauf von Spezialausrüstungen für freiwillige Feuerwehren im Land Steiermark gemäß § 16 Abs. 3 des Steiermärkischen Waldschutzgesetzes im Zusammenhang mit § 42

16 der Beilagen

9

des Forstgesetzes 1975 sowie für Waldbrandbekämpfungskosten gemäß § 42 lit. f Forstgesetz 1975 sind Bundesmittel von 1,797 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/60246 „BM (Grüner Plan — Bergbauerngebiete u. sonst. benach. Regionen); Verbesserung der Produktionsgrundlagen“

Für die Abdeckung der bereits in Aussicht gestellten Bundesmittel bzw. für die Bedarfsmeldungen der Länder und Kammern aus dem Vorjahr im Bereich der forstlichen Maßnahmen (Strukturverbesserung) sind zusätzliche Mittel in der Höhe von 2 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/60513 „Pflanzenbauliche Bundesanstalten; Anlagen“

Untersuchungsgeräte für die labortechnische Untersuchung von Wein (Prüfnummer nach dem Weingesetz) sind dringend zu ersetzen. Des Weiteren ist der Austausch betrieblicher Fahrzeuge und landwirtschaftlicher Geräte auf Grund hoher Abnützung und unwirtschaftlicher Reparaturen vorgesehen. Das Mehrerfordernis für diese Anschaffungen beträgt 5 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/60578 „Bundesanthalten für Tierzucht; Aufwendungen“

Der zusätzliche Aufwand in Höhe von 4 Millionen Schilling ist zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes an den Bundesanstalten für Pferdezucht und für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren erforderlich, da durch die geplante Auslagerung dieser Anstalten im Jahre 1994 der Jahresaufwand nicht in voller Höhe budgetiert wurde.

VA-Ansatz 1/60588 „Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten; Aufwendungen“

Durch die Übertragung des Fruchtgenusses an die Bundesimmobiliengesellschaft hat die Bundesanstalt für Wasserbauversuche und Hydrometrische Prüfung für die Benützung der Liegenschaft Miete und Betriebskosten in der Höhe von 2,171 Millionen Schilling im Jahr 1994 zu bezahlen, die nicht budgetiert sind.

VA-Ansatz 1/60723 „Forstliche Ausbildungsstätten; Anlagen“

Für die Einrichtung der Neuzubauten an der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach, insbesondere der Werkstätten- und Schulungsräume sowie des Gymnastik- und Vortragssaales, sind zusätzliche 2,325 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/60728 „Forstliche Ausbildungsstätten; Aufwendungen“

Um den Betrieb an den Forstlichen Ausbildungsstätten bis zum Jahresende aufrechterhalten zu können, sind zur Abdeckung der laufenden Ausgaben, wie Verpflegs-, Heizungs-, Stromkosten usw. zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 800 000 Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/60803 „Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst; Anlagen“

Auf Grund der III. EDV-Ausbauphase für die Wildbach- und Lawinenverbauung, die Anschaffung von Hard- und Software im Zusammenhang mit der Entstehung eines Wildbach- und Lawinenkatasters und der Produktion eines Lehrfilmes „Wind-, Wasser-, Erosion im Alpenvorland“ sind zusätzliche Mittel von 9,029 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/60808 „Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst; Aufwendungen“

Durch die anfallenden Wartungs- und Schulungskosten für die neu errichtete EDV bei den Sektionen der Wildbach- und Lawinenverbauung (Kosten- und Lohnverrechnung) sowie für die Neuauflage der Broschüre „Wildbäche in Österreich“ und den Nachdruck der Broschüre „Lawinen in Österreich“ sind zusätzliche Mittel in der Höhe von 2,058 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/60938 „Bundesgärten; Aufwendungen“

Für die Abgeltung der Mieterfordernisse der Bundesgärten ab dem Jahr 1992 an die „Schloß Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft m. b. H.“ wird ein Betrag von 28,870 Millionen Schilling benötigt.

VA-Ansatz 1/60968 „Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste; Aufwendungen“

Für die Zahlung der Vergütungen an die Österreichischen Bundesforste im Zusammenhang mit der Übernahme des Bundeslehr- und Versuchsforstes Ort und der damit verbundenen Mehrausgaben für laufende Betriebskosten sind zusätzliche Mittel in Höhe von 1,650 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/63008 „Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten; Zentralleitung; Aufwendungen“

Auf Grund des bevorstehenden EU-Beitritts Österreichs ergeben sich für das Ressort zusätzliche Aufgaben, die Mehrausgaben insbesondere bei den Auslandsdienstreisen und Auslandszulagen für entsandte Bedienstete erfordern.

10

16 der Beilagen

Ein weiterer zusätzlicher Bedarf ergibt sich durch die allgemeine Preissteigerung und Mehrkosten im Bereich der Mieten.

Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Dienstbetriebes sind daher zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/63108 „Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen); Verein „Österreich Werbung“

Zur Abdeckung des für das Jahr 1994 festgelegten Mitgliedsbeitrages an den Verein „Österreich Werbung“ sind zusätzliche Mittel in Höhe von 8,241 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/63156 „Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen; Förderungen“

1. Zur Abdeckung der Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Investitionskredit AG für die Top Aktion sind jährlich 400 Millionen Schilling erforderlich. Für das Jahr 1994 besteht dadurch ein Mehrbedarf von 18 Millionen Schilling.

2. Für die im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Österreichs erforderliche Marktanpassung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sollen der Agrarmarketing-Gesellschaft Förderungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Dafür sind zusätzlich 15 Millionen Schilling erforderlich.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 33 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/64198 „Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik); Sonstige Förderungsmaßnahmen; Aufwendungen“

Zur Abdeckung der noch aushaftenden Zahlungen an das Österreichische Normungsinstitut ist zusätzlich ein Betrag von 2 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/64608 „Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Betriebskosten und Hauserfordernisse; Aufwendungen“

1. Neben den allgemeinen Preissteigerungen der grundstücksbezogenen Aufwendungen, wie zB für Energiekosten und Versicherungen, ergibt sich durch die Tatsache, daß Schneeräumungs- und Reinigungsarbeiten nunmehr an Fachfirmen vergeben werden, ein Mehraufwand von 10 Millionen Schilling.

2. Für die Abdeckung eines Schadens, der im Zusammenhang mit dem Bau des Oberstufenrealgymnasiums Scheibbs an der II. Wiener Hochquellwasserleitung aufgetreten ist, werden 10 Millionen Schilling benötigt.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 20 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/64698 „Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Überweisungen an die Länder gem. § 1 Abs. 2 Z 2 FAG“

Um die Ansprüche der Länder ordnungsgemäß erfüllen zu können und um den bestehenden Verpflichtungen im laufenden Jahr nachkommen zu können, sind zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 13 Millionen Schilling erforderlich.

VA-Ansatz 1/64708 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Überweisungen an die Länder gem. § 1 Abs. 2 Z 2 FAG“

1. Um den Ländern gemäß dem Finanzausgleichsgesetz den getätigten Aufwand der Auftragsverwaltung im Bundeshochbau mit 12% des Bauaufwandes abgelten zu können, sind zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 100 Millionen Schilling erforderlich.

2. Weiters ist auf Grund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes den Ländern auch für die Abwicklung von AFINAG-finanzierten Bauvorhaben der getätigte Aufwand abzugelten. Daraus ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf von 360 Millionen Schilling.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 460 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/64758 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Aufwendungen“

1. Für die Installierung von Brandschutzanlagen im Winterpalais des Prinzen Eugen sowie im Palais Questenberg werden im Jahr 1994 zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 7,500 Millionen Schilling benötigt.

2. Für die rasche Realisierung der Adaptierung des ehemaligen Pferdestalles zur „Europaakademie“ im Bereich der Verwaltungsakademie des Bundes im Schloß Laudon sind zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Millionen Schilling dringend erforderlich.

3. Die Gesamtüberschreitung laut Z 1 und 2 beträgt 12,500 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/65003 „Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr; Zentralleitung; Anlagen“

Das Mehrerfordernis in Höhe von 3 Millionen Schilling ergibt sich aus der Notwendigkeit der Anschaffung einer modernen digitalen Telefonanlage, da die bestehende Motorwählranlage nicht mehr den Anforderungen entspricht.

16 der Beilagen

11

VA-Ansatz 1/65225 „Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen); Unternehmungen mit Bundesbeteiligung“

Mit Beschuß des Ministerrates vom 22. Februar 1994 wurde der ÖIAG gemäß ÖIAG-Finanzierungsgesetz-Novelle 1993, BGBl. Nr. 973/1993, für 1994 ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3,4 Milliarden Schilling eingeräumt. Gemäß BFG 1994 Art. V Abs. 1 Z 8 wurden 3,374 Milliarden Schilling zugezählt. Der Restbetrag von 26 Millionen Schilling bedarf einer weiteren bundesfinanzgesetzlichen Ermächtigung.

VA-Ansatz 1/65266 „Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen); Förderungen an Privatbahnen“

Zur Vermeidung eines weiter steigenden Fremdfinanzierungsbedarfes bei der GKB auf Grund der angewachsenen Verluste 1992 und 1993 sowie zur Vornahme einer in Relation zur Verlusthöhe angemessenen Akontierung 1994 erweisen sich Mehrausgaben in Höhe von 74,311 Millionen Schilling als erforderlich.

VA-Ansatz 1/78358 „Post- und Telegraphenverwaltung; Sachausgaben; Aufwendungen“

Das Mehrerfordernis in Höhe von 160 Millionen Schilling begründet sich mit einem Mehrbedarf bei den Inlandsreisen infolge rückwirkender Erhöhung der Reisegebühren am 1. April 1994 und mit einer Steigerung der Ausgaben für Aufwandsentschädigungen durch die Bezugserhöhung zum 1. Jänner 1994.

Zu § 2:**VA-Ansatz 1/10005 „Bundeskanzleramt; Zentralleitung; Bezugsvorschüsse“**

Zur Finanzierung der für den Ressortbereich des Bundeskanzleramtes gebundenen Wohnungen für Bundesbedienstete wird ein Betrag von 500 000 Schilling an die BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete GesmbH zur Verfügung gestellt.

VA-Ansatz 1/10018 „Verwaltungsakademie; Aufwendungen“

Im BVA 1994 sind zur Anmietung von Räumlichkeiten für die Europaakademie 5 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag soll nunmehr für diesen Zweck zur Adaptierung von Räumen im Mietobjekt der Verwaltungsakademie in 1140 Wien, Mauerbachstraße 43—45, herangezogen und daher zum Kapitel 64 „Bauten und Technik“ umgeschichtet werden.

VA-Ansatz 1/11005 „Bundesministerium für Innen; Bezugsvorschüsse“

Bei diesem VA-Ansatz kommt es durch eine Neufestlegung der Prioritäten zu Minderausgaben in Höhe von 2,400 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/11507 „Flüchtlingsbetreuung und Integration; Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)“

Auf Grund der rückläufigen Anzahl von versicherten Personen entstehen Minderausgaben an Sozialversicherungsbeträgen in Höhe von 35 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/15045 „Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bezugsvorschüsse“

Bei diesem VA-Ansatz können Minderausgaben in der Höhe von 500 000 Schilling infolge restriktiver Maßnahmen bei der Zuerkennung von Bezugsvorschüssen erzielt werden.

VA-Ansatz 1/15347 „Pflegevorsorge (Kostenerstattung); Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz“

Minderaufwand in der Höhe von 15,700 Millionen Schilling durch geringere Inanspruchnahme von Pflegegeldleistungen.

VA-Ansatz 1/15920 „Arbeitsinspektion; Personalausgaben“

Infolge Einsparungen bei den Mehrleistungsvergütungen sowie Nichtanfalls von Jubiläumszuwendungen können Minderausgaben in Höhe von 600 000 Schilling erzielt werden.

VA-Ansatz 1/17015 „Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz; Bezugsvorschüsse“

Bei diesem VA-Ansatz kann ein Betrag von 1,500 Millionen Schilling durch restriktivere Maßnahmen bei der Zuerkennung von Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke eingespart werden.

VA-Ansatz 1/18005 „Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie; Bezugsvorschüsse“

Bei diesem VA-Ansatz entstehen durch Prioritätenreihung Einsparungen in Höhe von 500 000 Schilling.

VA-Ansatz 1/20005 „Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten; Zentralleitung; Bezugsvorschüsse“

Zur Finanzierung der für den Ressortbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gebundenen Wohnungen für Bundesbedienstete wird ein Betrag von 95 000 Schilling an die

12

16 der Beilagen

BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete GesmbH zur Verfügung gestellt.

VA-Ansatz 1/20048 „Internationale Konferenzen in Österreich“

In der Zeit vom 29. November bis 2. Dezember 1994 findet in Wien eine internationale Konferenz unter dem Titel „Europa der Religionen“ statt. In diesem Zusammenhang fallen Minderausgaben im Betrag von 1,160 Millionen Schilling an.

VA-Ansatz 1/20205 „Diplomatische Akademie; Bezugsvorschüsse“

Zur Finanzierung der für den Ressortbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gebundenen Wohnungen für Bundesbedienstete wird ein Betrag von 150 000 Schilling an die BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete GesmbH zur Verfügung gestellt.

VA-Ansatz 1/30005 „Bundesministerium für Justiz; Bezugsvorschüsse“

Bei diesem VA-Ansatz kommt es durch eine Neufestlegung der Prioritäten zu Minderausgaben in Höhe von 2 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/30100 „Oberster Gerichtshof und Generalprokurator; Personalausgaben“

Bei diesem VA-Ansatz entstehen insbesondere durch einen geringeren Bedarf für Bezugszahlungen sowie bei Mehrleistungsvergütungen Minderausgaben in Höhe von 1 Million Schilling.

VA-Ansatz 1/50295 „Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen); Bezugsvorschüsse“

Auf Grund der derzeit vorliegenden Anträge auf Gewährung eines Bezugsvorschusses ist mit Ersparnissen in der Höhe von 2,300 Millionen Schilling zu rechnen.

VA-Ansatz 1/54847 „Bundesvermögen; Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen; Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)“

Da von der im Bundesfinanzgesetz Art. V Abs. 29 angeführten Überschreitungsermächtigung mit Bedeckung beim VA-Ansatz 1/54847 nicht Gebrauch gemacht wird, werden Minderausgaben für Bedeckungszwecke in Höhe von 26 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

VA-Ansatz 1/55305 „Pensionen (Hoheitsverwaltung); Pensionsvorschüsse“

Auf Grund der derzeit vorliegenden Anträge auf Gewährung eines Pensionsvorschusses ist mit Ersparnissen in der Höhe von 700 000 Schilling zu rechnen.

VA-Ansatz 7/59839 „Finanzschuld; Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung; Tilgung“

Durch geringere Tilgungen als bei der Erstellung des Bundesvoranschlages angenommen ergeben sich Ausgabeneinsparungen, wovon ein Betrag von 901,806 Millionen Schilling im Rahmen des Budgetüberschreitungsgesetzes 1994 zur Bedeckung herangezogen wird.

VA-Ansatz 1/60256 „BM (Grüner Plan — Bergbauerngebiete u. sonst. benacht. Regionen); Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen“

Durch verwaltungstechnische Verzögerungen sowie aufgetretene bautechnische Schwierigkeiten bei einigen Projekten können Maßnahmen im Bereich des Wegebaues im Jahr 1994 nicht im geplanten Umfang weitergeführt werden. Es ergibt sich daher eine Ersparnis von 23,111 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 1/60826 „Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen“

Die aktuellen Gefahrenmomente nach den Wintermonaten erforderten eine Änderung der Jahresarbeitsprogramme (Baustellenplanung) die zu Minderausgaben in Höhe von 1,064 Millionen Schilling führen.

VA-Ansatz 1/60908 „Grenzbeschäudienst; Aufwendungen“

Im Jahre 1994 wurde in Österreich ein geringerer Umfang an Ein- und Durchfuhr von Pflanzen verzeichnet. Dadurch ergab sich auch eine entsprechend verminderte Kontrolltätigkeit. Weiters wurde die Auftragsverträge der phytosanitären Holzkontrolle an eine Firma zurückgestellt, sodaß sich Minderausgaben in Höhe von 4,797 Millionen Schilling ergeben.

VA-Ansatz 1/64298 „Bundesstraßenverwaltung; Straßengesellschaften; Aufwendungen“

Durch die Zusammenlegung der Straßengesellschaften und der damit verbundenen Organisationsänderungen können, insbesondere durch eine straffere Verwaltung, Einsparungen erzielt werden, die mit einem Betrag von 40 Millionen Schilling für Bedeckungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

VA-Ansatz 1/64613 „Bundesgebäudeverwaltung — Liegenschaftsverwaltung; Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung“

Durch Verzögerungen bei den Verkaufsverhandlungen für diverse Schulbauprojekte ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 16,500 Millionen Schilling, die für Bedeckungszwecke herangezogen werden.

16 der Beilagen

13

VA-Ansatz 1/64663 „Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung; Sonstige Liegenschaftsan-käufe“

Da der Ankauf verschiedener Objekte durch Verzögerungen bei den Verkaufsverhandlungen im laufenden Finanzjahr nicht realisiert werden kann, ergeben sich Einsparungen in Höhe von 6,500 Millionen Schilling, die für Bedeckungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

VA-Ansatz 1/64713 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Schulen der Unterrichtsverwaltung; Anlagen“

Durch Verzögerungen bei der Abwicklung diverser Schulbauprojekte ist die geplante Realisierung im laufenden Jahr nicht durchführbar. Dadurch können Minderausgaben in Höhe von 10 Millionen Schilling für Bedeckungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

VA-Ansatz 1/64753 „Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau); Sonstige Bundesgebäude; Anlagen“

Durch eine verspätete Inangriffnahme verschiedener Bauvorhaben, die im Zusammenhang mit Verzögerungen in der Planungsphase stehen und dadurch im laufenden Finanzjahr nicht wie vorgesehen realisiert werden können, ergeben sich Einsparungen in Höhe von 29,850 Millionen Schilling, die für Bedeckungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

VA-Ansatz 2/11174 „Zivildienst; Erfolgswirksame Einnahmen“

Durch höhere Ersätze von Gebietskörperschaf-ten bzw. von privaten Rechtsträgern gemäß § 41 ZDG ergeben sich bei diesem VA-Ansatz Mehreinnahmen von 43 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 2/11304 „Bundespolizei; Erfolgswirksame Einnahmen“

Infolge der Auswirkungen des Fremdengesetzes und der Zivildienstgesetznovelle sowie durch Organmandate und Verwaltungsstrafen fallen bei diesem VA-Ansatz Mehreinnahmen in Höhe von 36 Millionen Schilling an.

VA-Ansatz 2/11407 „Bundesgendarmerie; Be-standswirksame Einnahmen“

Bei diesem VA-Ansatz entstehen durch vermehrte Verkäufe von Pistolen und Kraftfahrzeu- gen Mehreinnahmen von 4 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 2/11504 „Flüchtlingsbetreuung und Integration; Erfolgswirksame Einnahmen“

Im Zusammenhang mit Kostenersätze der Länder für Kriegsflüchtlinge fallen bei diesem VA-Ansatz Mehreinnahmen in Höhe von 10 Millionen Schilling an.

VA-Ansatz 2/51044 „Kassenverwaltung; Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr“

Mehreinnahmen entstehen durch höhere Zinser-träge (400 Millionen Schilling) aus der Veranla-gung von Kassenmitteln als bei Budgeterstellung erwartet. Davon wird für Bedeckungszwecke ein Betrag von 178,166 Millionen Schilling bereitgestellt.

VA-Ansatz 2/60964 „Forstwirtschaftliche Bundes-lehr- und Versuchsforste; Erfolgswirksame Ein-nahmen“

Durch zusätzliche Holzschlägerungen im neu-eröffneten Bundeslehr- und Versuchsforst Ort ergeben sich Mehreinnahmen von 1,650 Millionen Schilling.

VA-Ansatz 2/63004 „Bundesministerium für wirt-schaftliche Angelegenheiten; Zentraleitung; Er-folgswirksame Einnahmen“

Im Zusammenhang mit der Grundstücksdaten-bank ergibt sich eine weiter steigende Anzahl von BTX-Anmeldungen. Dadurch können Mehrein-nahmen in Höhe von 2 Millionen Schilling als Bedeckung zur Verfügung gestellt werden.

VA-Ansatz 2/65004 „Bundesministerium für öffent-liche Wirtschaft und Verkehr; Zentraleitung; Erfolgswirksame Einnahmen“

Aus der Abrechnung der Forderungen des Bundes gegenüber Eurocontrol gemäß Bundes-gesetz über die Austro Control GmbH § 4 Abs. 1 sind Mehreinnahmen angefallen, die in Höhe von 71,941 Millionen Schilling für allgemeine Bedeckungszwecke verwendet werden.

VA-Ansatz 2/78434 „Post- und Telegraphenverwal-tung; Gebühren/Fernsprecher“

Mehreinnahmen auf Grund der Einnahmenent-wicklung können in Höhe von 200 Millionen Schilling für allgemeine Bedeckungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

VA-Ansatz 2/51267 „Kassenverwaltung; Rückla-gen; Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)“

Aus der für Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteuropäische Staaten gebildeten Rücklage wird ein Betrag von 2,010 Millionen Schilling entnom-men, um mittellosen bosnischen Studenten die Finanzierung des Studiums durch die Gewährung von Stipendien in Österreich zu ermöglichen.

VA-Ansatz 2/51297 „Kassenverwaltung; Rückla-gen; Auflösung von Rücklagen“

Für den Fall, daß die seinerzeitige Zweckbin-dung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen.

Da Teilbeträge der allgemeinen Rücklage im Bereich des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie, und zwar für umweltpolitische Maßnahmen (20 Millionen Schilling), bei Vertretungsbehörden (85 Millionen Schilling), bei den landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten (1,550 Millionen Schilling), im Bereich der Zentral-

leitung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr (3 Millionen Schilling), sowie der besonderen Rücklage für die Förderung von Privatbahnen (2,370 Millionen Schilling), somit insgesamt 111,920 Millionen Schilling, nicht mehr benötigt werden, können sie für allgemeine Bedekungszwecke verwendet werden.